

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 78 (1991)
Heft: 1: Staatsbürgerliche Erziehung in der Staatskrise

Artikel: Demokratieschule beginnt unten
Autor: Frischknecht, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-526095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratieschule beginnt unten

Jürg Frischknecht

Das Misstrauen in den Staat Schweiz seitens seiner Bürgerinnen und Bürgerinnen war noch nie so gross wie heute, obwohl sich die Schweiz als – verzweifelt – stabiles Land präsentiert. Jürg Frischknecht sieht aber in offiziellen Institutionen nicht mehr die Orte, wo sich Widerstand zeigt: Nein wird nicht mehr an der Urne gesagt, sondern vor Ort. Darum auch seine Skepsis gegen eine Staatskunde in einer Schule, die nicht selbst den Schüler Mitbestimmung gewährt.

In welcher Verfassung präsentiert sich die «älteste Demokratie der Welt» am Vorabend ihres angeblich 700jährigen Geburtstages? Und was heisst das für die Auseinandersetzung mit diesem Land im Unterricht? Ich versuche, dieses Thema in neun Thesen anzugehen.

1. Das Misstrauen in diesen Staat war noch nie so gross.

Ohne Zweifel: Die Schweiz steckt in einer Staatskrise. Genauer: In einer bald einmal existentiellen Vertrauenskrise befinden sich jene, die diesen Staat seit bald 150 Jahren «für sich gepachtet» haben, also der herrschende Bürgerblock. Sein Ansehen schwindet rapid. Das staunende Publikum gewöhnt sich von Jahr zu Jahr mehr daran, dass aus dem einstigen demokratischen Musterknaben eine Frankenrepublik geworden ist, in der undurchsichtiger Filz und

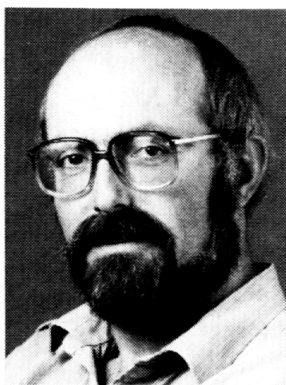
Machtmissbrauch vorkommen wie andernorts – wenn auch noch immer etwas diskreter angewickelt. Reichhaltiges Anschauungsmaterial bietet der Report «Das Umfeld eines Skandals» von Pascal Auchlin und Frank Garbely (Zürich 1990). Gibt es noch etwas, das in diesem Land nicht möglich scheint? Das letzte Vertrauen verschmerzen die Verantwortlichen, die für diesen Staat geradezustehen hätten, indem sie hilflos herunterspielen und erfolglos vertuschen. Die Art und Weise, wie 1990 die Bundesräte Arnold Koller (Schnüffelstaat) und Kaspar Villiger (Machenschaften der Militärs) lückenhaft bis falsch informiert vor das Volk traten, stets ihre letzte und vorletzte Darstellung widerrufend, war derart peinlich, dass sich zwar nicht die «classe politique», aber immer mehr der Mann auf der Strasse fragte: Was eigentlich muss noch passieren, bis solche Marionetten der Verwaltung den Hut nehmen müssen?

2. Schuld sind die Meldeläufer.

Die Verteidiger des Status quo reagieren zunehmend mit einer Schuldzuweisung an die Medien. Wenn immer hierzulande grössere Erschütterungen stattfinden – siehe Jugendbewegung 1980, siehe Fichenskandal 1990 –, sammeln sich die Verunsicherten und Angegriffenen innert Vierteljahresfrist und starten Gegenattacken auf die bösen Medien, deren Desinformation das Schlamassel erst verschuldet habe. Das Muster ist so alt wie die menschliche Geschichte. Wenn die Meldungen nicht gefallen, köpft man die Meldeläufer. Dabei wüssten wir heute manches nicht, hätten die Medien noch mehr geschlafen. Die Lawine des Finanzskandals, der das Machtgefüge des Staates Bern ganz schön durcheinanderschüttelte, wurde durch die kleine WoZ losgetreten. Ohne die hartnäckigen Recherchen einzelner Medien anfangs 1990 wäre jene PUK 2, die so gesetzlose Geschwüre wie P 26 und P 27 ans Tageslicht beförderte, vom Bürgerblock erfolgreich verhindert worden.

3. Die Gleichgültigkeit war noch nie so gross wie heute.

Die häufigste Reaktion, die mir im Sommer 1990 beim Sammeln von Unterschriften für das Volksbegehren «Schweiz ohne Schnüffelpolizei – S.o.S.» begegnete, war Resignation: «Da unterschreibe ich sofort – aber meint ihr im Ernst, diese Schnüffelei mit einer Initiative verhindern zu können?» Die Fichenaffäre hat zwar kurzfristig massiv mobilisiert. Über 300'000 Einsichtsbegehren und 35'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Kundgebung vor dem Bundeshaus sind eindrucksvolle Grössenordnungen. Aber es blieb weitgehend bei der konjunkturellen Empörung, setzte sich höchstens ansatzweise in längerfristigen Widerstand um. Diese Stammtisch-Attitüde – laut ausrufen, nichts ändern – greift um sich, auch in anderen Bereichen. Die Ausnahme von der tristen Regel ist die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die Brücken schlug von alten Pazifisten und Christen zu angegrauten 68ern, Resten der 80er Bewegung und jungen, bisher nicht politisierten Schichten. Der GSoA gelang die grösste politische Mobilisierung seit langem – die obendrein anhält, wie u.a. die in Rekordzeit gesammelten Unterschriften für die Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» demonstrieren.



Jürg Frischknecht, geboren 1947 in Herisau. Arbeitet in Zürich als freier Journalist für die WoZ und andere Medien. Autor und Mitautor von Sachbüchern: «Die unheimlichen Patrioten», «Wandert in der Schweiz solange es sie noch gibt» und andere. Anfangs 1990 erster Sekretär des Komitees «Schluss mit dem Schnüffelstaat».

4. Die Schweiz ist verzweifelt stabil.

Trotz wachsendem Misstrauen erweist sich die Macht erstaunlich resistent. Die Schweiz ist ein verzweifelt stabiles Land. Seit 1919, der Einführung des Proporzwahlrechts, haben wir fast die gleichen Kräfteverhältnisse im Parlament, und seit 1959 die gleiche Grosse Regierungskoalition. Immerhin mehren sich die Anzeichen, dass diese Zauberformel von immer mehr Leuten als fauler Zauber empfunden wird. Der Anteil an Wählerinnen und Wählern, den die vier Bundesratsparteien für sich zu mobilisieren vermögen, bröckelt langsam, aber stetig. Nur: Gibt es Alternativen? Zwar gewinnt die Grüne Partei zur Zeit an Boden, aber nur zögernd an Profil. Eine grundsätzliche linke Opposition ist seit 1987 erstmals nicht mehr in Fraktionsstärke im Parlament vertreten, und auf absehbare Zeit wird das so bleiben. Oppositionelle Gruppierungen buchen ihre Wahlerfolge eher im Lokalen. Eine systemkritische Linke ist auf schweizerischer Ebene nicht mehr präsent. Ob das damit zu tun hat, dass auch kritische Geister vom persönlichen Deal mit einem System profitieren, das von weltweiter Hehlerei lebt? Die grösste Partei der Schweiz weiss seit langem eine Mehrheit hinter sich: diejenigen Stimmberechtigten, die nicht mehr zur Urne gehen. Glaubt jemand im Ernst, in diesem Land würden die Machtverhältnisse noch zu seinen Lebzeiten an der Urne entscheidend verändert? Aber die Abstimmungen? Hans Saner hat am Kultursymposium 90 treffend formuliert, die Schweizerinnen und Schweizer würden nicht nach ihren Interessen, sondern nach ihren Wünschen abstimmen. Wer hofft, dereinst den Viertel eines Schrebergartens zu erben, stimmt nicht für jenes Bodenrecht, das ihn von wuchernden Mietzinsen befreien würde. Mit dem Hinweis auf den gefährdeten Wohlstand kann hierzulande alles abgeschmettert werden, von rechts bis links. Ob Überfremdungs- oder Ausstiegsinitiative, ob 40-Stunden-Woche oder Reichtumssteuer – mit dem Appell ans Portemonnaie sind alle diese Volksbegehren gebodigt worden: «Ohne Strom kein Lohn», ohne fleissiges Arbeiten kein Wohlstand usw.

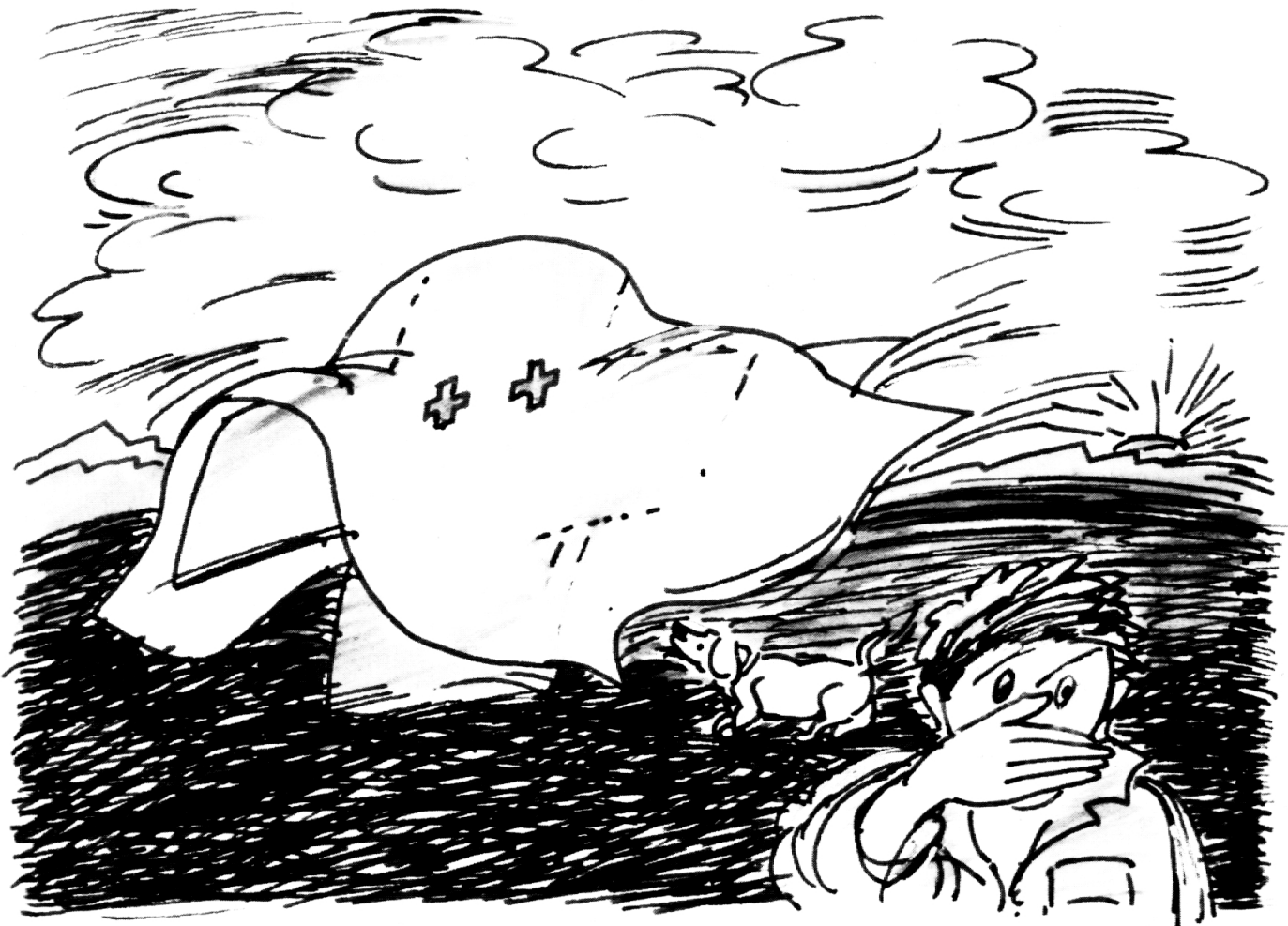
5. Widerstand entscheidet sich nicht an der Urne.

Das Fernbleiben von der Urne kann nicht einfach als Faulheit von Desinteressierten denunziert werden. Hinter der zunehmenden Wahl- und Abstimmungsmüdigkeit steckt eine konkrete Erfahrung, ein Lernschritt: An der Urne wird diese Gesellschaft nicht verändert. Zwar lässt sich mit der Notbremse des Referendums ab und zu etwas verhindern, aber zur Durchsetzung von Neuem taugen Initiativen in aller Regel nicht. Den seltenen Erfolgen gingen oft jahrelange Widerstandsaktionen an der Basis voraus. Rothenthurm ist das beste Beispiel: Ohne hartnäckige Arbeit von Bürgerinitiativen hätte der Erfolg nicht an der Urne besiegelt werden können. Die Beerdigung des AKW-Projektes Kaiseraugst fand zwar formell im Parlament statt, aber die entscheidenden Kämpfe passierten vor Ort, angefangen mit einer machtvollen Geländebesetzung. Ähnlich wurde die Greina-Ebene gerettet. Direkter Widerstand ist auch

gefragt, um das Val Curciusa zu retten, das für eine AKW-Filiale der Elektrowatt ersäuft werden soll, oder das traumhaft ruhige Neuchlen-Anschwilen, das die Radikale Armee-Fraktion noch immer stur zerstören will. Oder in einem anderen Bereich: Die Massenverweigerung, zu der GSoA-Leute anfangs 1991 aufgerufen haben, wird die Dienstverweigererfrage ungleich zügiger voranbringen als eine weitere halbhatzige Initiative. Allerdings: In einem zentralen Bereich sind solche Widerstandsformen Geschichte, nämlich in der Arbeitswelt. Kann jemand aus dem Stegreif sagen, wo und wann das letzte Mal ernsthaft gestreikt wurde?

6. Die Schweiz weiss nicht mehr, wer sie ist.

Die Schweiz hat den Faden zu ihrer Geschichte verloren. Die Herrschenden verdrängen ihre eigene Geschichte und



zelebrieren stattdessen heroisierende Geschichtsbilder, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten. Der Mythos beispielsweise, die Schweiz sei vor allem oder gar allein ihrer Armee wegen nicht in den Zweiten Weltkrieg verwickelt worden, sollte 1989 mit den unsäglichen Diamant-Feiern weiter poliert werden. Der Schuss ging erfreulich intensiv hinten hinaus. Diamant provozierte den Klunker – Gegenaktivitäten und Diskussionen, die das öffentliche Bild über die Geschichte der Jahre 1939–45 weit nachhaltiger veränderten, als das ohne Diamant der Fall gewesen wäre. Vielleicht erleben wir dieses Jahr ähnliches. Die offizielle Schweiz hausiert mit der inhaltsleeren Geschichtshülse 1291, fördert die Vorstellung eines 700jährigen Wunders, das eigentlich nur einem auserwählten Volk widerfahren kann. Wir sind nicht nur «Siebe-Sieche», sondern sogar «Siebenhundert-Sieche». Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Staates müsste bei ganz anderen Daten ansetzen als bei 1291: etwa bei 1798, als eine fremde Besatzungsmacht wenigstens einige der Menschenrechte auch hierzulande durchsetzte, oder bei 1848, als die bürgerlichen Umwälzungen der 30er Jahre in der Gründung des heutigen Staates Schweiz ihren Abschluss fanden.

7. Demokratische Praxis ist die beste Staatskunde.

Ich bin skeptisch gegenüber jeder Staatskunde, solange nicht an den Schulen selbst möglichst weitgehende Formen von Mitbestimmung und Selbstverwaltung eingerichtet werden. Wenn Schüler und Lehrlinge in Mittel- oder Berufsschulen in bestimmten Dingen mitbestimmen oder selbst verwalten können, ist das eine ungleich bessere, nachhaltigere Demokratieschule als «Sandkastenübungen» oder blosser Unterricht über Demokratie.

8. Demokratieschule muss vor Ort ansetzen.

Eine Auseinandersetzung mit schweizerischer Politik, die weitgehend auf die offiziellen staatlichen Institutionen fixiert bleibt, verfehlt den Gegenstand und das Lernziel. Ein Besuch in Neuchlen-Anschwilen, verbunden mit Gesprächen mit den beteiligten Parteien, erhellt die widerstreitenden Interessen mehr als ein Zoobesuch der entsprechenden Parlamentsdebatte. Die europäische Transitpolitik erfährt man bei einem Augenschein im Kanton Uri hautnaher als bei der Lektüre entsprechender Papiere aus Brüssel. Die direkte Konfrontation mit fünf lebhaften Fichtern fördert mehr Wissen über den Schnüffelstaat zutage als eine Rede des Justizministers. Kurzum: Wer die Mechanik der helvetischen (wie einer andern) Politik begreifen will, muss zuerst und direkt bei den Interessen der betroffenen Bevölkerungsgruppen ansetzen. Nur so ist hinterher auch die Verwaltung der Macht in Parlamenten und Exekutiven zu begreifen.

9. Grabe, wo Du stehst.

Diese Methode der Geschichtsforschung drängt sich für das anstehende Jubiläumsjahr noch mehr auf als ohnehin. Im eigenen Dorf herauszufinden, wo und wann die Franzosenfreunde den Freiheitsbaum aufstellten, wer damals die alte und wer die neue Ordnung vertrat, kann eine spannende Beschäftigung mit der jüngsten Geschichte einleiten. Das gleiche gilt für die Umwälzungen der 30er Jahre in manchen Kantonen. Und natürlich weiterhin für die Jahre 1933–45, die hierzulande erst ansatzweise erforscht sind. Oder der Kalte Krieg, den die Herrschenden vierzig Jahre lang gegen die eigene Bevölkerung führten – mit der Geschichtslüge des Kalten Krieges, den die Russen und die PdA geführt hätten. Das Hinterfragen von potemkinschen Geschichtskulissen, die zwecks Herrschaftslegitimation aufgestellt wurden und werden, kann sehr wohl politisierend wirken. Dies wenigstens ist meine ganz persönliche Erfahrung.